

Rennstrecke wird beruhigt

VERKEHRSPOLITIK Ein letztes Mal tauschten die Fraktionen gestern Argumente für und gegen die Verkehrsberuhigung der Kurfürstenallee aus

Die Diskussionen um die Verkehrsberuhigung im Bremer Nordosten sind gestern für beendet erklärt worden. Die Deputation für Bau und Verkehr stimmte dem Vorhaben des grünen Verkehrssenators Reinhard Loske zu, dafür insgesamt 563.500 Euro auszugeben.

Für diese Summe soll auf der Kurfürstenallee sowie ihrer Verlängerung in die Vahr Tempo 50 - statt wie bisher Tempo 70 - eingeführt werden. Teuer wird vor allem das Aufstellen von drei Ampelanlagen auf der ehemaligen Rennstrecke und die damit verbundene Umgestaltung der Bushaltestellen. Außerdem soll in der westlichen Bismarckstraße die Höchstgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometern gelten.

Gegen die Pläne stimmten die Deputierten von CDU und FDP. "Das ist ein rot-grünes Imageprojekt", sagt der CDU-Parlamentarier Heiko Strohmann, das einen "nachhaltigen Schaden" für die Stadt nach sich ziehe - weil so die Innenstadt nicht mehr gut erreichbar sei. "Das Geld könnte sinnvoller angelegt sein." Sein Parteikollege Dieter Focke hält die Verkehrsberuhigung gar für "Unsinn", weil es schließlich Fußgängerbrücken über die Straße gebe.

Diese sind zwar für Gehbehinderte nur schwer oder gar nicht passierbar, aber: "Die hätte man baulich verändern können", behauptete Focke. Stattdessen habe man jetzt sowohl Ampeln als auch Brücken. Abreißen kann man letztere allerdings nicht, da sie inzwischen ein Fall für den Denkmalschutz sind.

Freie Fahrt wünschte sich gestern auch der Leiter des Ortsamtes Oberneuland. "Wir lehnen das im Sinne der Bürger Oberneulands ab", so Rainer Kahl: Die Erreichbarkeit der Innenstadt werde so erschwert. An anderer Stelle sind die Oberneuländer allerdings nicht so autofreundlich: wenn es um die Straßen in ihrem Stadtteil geht. Auf einer Vorstellung der Stadtteile durch die Beiräte am vergangenen Freitag war der "Durchgangsverkehr" noch als eine der größten Bedrohungen für Oberneuland ausgemacht worden.

Die Abgeordneten der Grünen, der Linken und der SPD lobten die Maßnahmen. Zum einen würden sie die Lärm- und Schadstoffbelastung für die AnwohnerInnen vor Ort verringern, zum anderen würde die Barrierefreiheit gewährleistet. "Das ist keine Imagefrage, sondern eine Selbstverständlichkeit", sagte die Grüne Maike Schäfer.

Jürgen Pohlmann von der SPD bat die Deputierten von CDU und FDP

darum, das Thema nicht weiter "zu ideologisieren". Er könne sich nicht vorstellen, dass eine Verlängerung der Fahrtzeit um "drei bis vier Minuten" jemand davon abhalten würde, die Bremer Innenstadt zu besuchen.

Eiken Bruhn
